

Herausforderung **Ukraine-Krise**

Zu europäischen Werten stehen

Das Jahr **2014** wurde in Europa als Gedenkjahr des *Ersten* Weltkrieges wahrgenommen. Die Vielzahl geplanter Veranstaltungen zur Erinnerung an die 100 Jahre zurückliegenden Ereignisse hatte zum eigentlichen Ziel das Gedenken an Millionen Gefallene, Mahnung an die **Grausamkeit des Krieges** und Aufruf zur **Erhaltung des Friedens in Europa**, der so viele **Opfer und Anstrengung** - von allen Seiten - forderte.

Als die Jahrestage der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts näher rückten, wurde der Appell gegen eine Wiederholung solch tragischen Geschehens zeitgemäßer und notwendiger denn je. Denn in diesem Jahr ist auf europäischem Boden, in der Ukraine (etwa 2,5 Flugstunden von München entfernt) ein neuer Krieg ausgebrochen, der in den deutschen Massenmedien ziemlich lange unentschieden als „Krise“ bezeichnet wurde.

Im Jahr **2015**, im Gedenkjahr des *Zweiten* Weltkrieg-Endes, wird bereits eindeutig von einer Gefährdung der gesamteuropäischen Sicherheit gesprochen. Die Bedrohung geht von einem Land aus, das sich in der innerstaatlichen Propaganda sowie auf der internationalen Ebene das Monopol auf den Sieg über den Nationalsozialismus zuspricht. Die Moskauer Regierung behauptet: Der Sieg im Zweiten Weltkrieg sei in erster Linie eine Errungenschaft Russlands und hätte auch ohne Beteiligung der Ukraine erreicht werden können; die Tatsache, dass die Ukrainer den zweitgrößten Teil der sowjetischen Armee bildeten, wird damit deutlich übersehen... Am Jahrestag der Befreiung von Auschwitz be-



von **Olga Lantukhova**

zeichnet der russische Außenminister die öffentliche Danksagung Polens an ukrainische Soldaten, die am 27. Januar 1945 das KZ-Tor öffneten, als „*Leugnung und Verzerrung der historischen Fakten*“.

Baltische Staaten äußern gegenwärtig eine ernsthafte Besorgnis um ihre Sicherheit, wie auch jedes europäische Land und jede ukrainische Stadt, in denen russischsprachige Minderheiten zu Hause sind. Denn, wie die traurige Erfahrung der Krim bereits gezeigt hat, werden die angeblich „unterdrückten“ Russischsprachigen von der Moskauer Regierung als Vorwand für Konfliktauslösung, Einsendung von russischen Truppen, die als „landeseigene Separatisten“ getauft werden, und für darauffolgende Annexion benutzt.

Bedauerlicherweise ist also ganz Europa mit einer herausfordernden und äußerst komplizierten Situation konfrontiert, die alle betrifft und die man nicht unterschätzen darf. *Doch was kann man konkret dagegen unternehmen? Wie könnte die EU-Sicherheitspolitik gewährleistet werden? Eine politische Isolation und wirtschaftliche Zerstörung Russlands erscheint sicherlich nicht als die vernünftigste Lösung. Ist aber die Vorstellung, mit Moskau in wirksamen Dialog zu treten, als realistisch anzusehen?*

Im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz wurde ein Versuch unternommen, diese und ähnliche Fragen rund um die Ukraine-Krise in der interessanten Veranstaltung* *Die EU vor neuen sicherheitspolitischen Aufgaben: Ukraine-Krise und IS-Terror als zentrale Herausforderungen* zu beantworten.



*Die EU vor neuen sicherheitspolitischen Aufgaben: Ukraine-Krise und IS-Terror als zentrale Herausforderungen stellte eine Kooperationsveranstaltung der **IHK Akademie München**, der **Akademie für Politische Bildung Tutzing**, des **Instituts für Europäische Politik Berlin**, der **Europa-Union Bayern** und der **Griechischen Akademie** dar. Die Veranstaltung fand am **29. Januar 2015** statt und wurde vom Vorsitzenden der Griechischen Akademie und der Europa-Union München, **RA Stavros Kostantinidis**, und vom stellvertretenden Hauptgeschäftsführer der IHK Akademie, **Dr. Manfred Gößl**, eröffnet. Herr Gößl charakterisierte die internationale Sicherheit als Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Stabilität und Entwicklung. Moderiert wurde die Diskussion von der Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing, **Prof. Dr. Ursula Münch**.



Olga Lantukhova,
Drachme-Reporterin
mit ukrainischem Hintergrund,
war vor Ort und berichtet...

Trotz der offiziellen Ausformulierung des Themas lag der Schwerpunkt dieses Abends auf dem Ukraine-Konflikt. Zur Einführung trat **Manfred Weber**, Vorsitzender der konservativen EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und der CSU im Bezirk Niederbayern, mit einem Impulsvortrag auf. Er sprach von seinen Erfahrungen während des amtlichen Besuchs in Kiew nach der „Revolution der Würde“ - so bezeichnen die Ukrainer selbst die dramatischen Ereignisse vom Euromaidan. Bei dem Besuch fand auch ein Treffen mit dem Präsidenten P. Poroschenko und dem Premierminister A. Jazeniuk statt. Die neue ukrainische Regierung, so Weber, verfüge über eine pro-europäische Agenda, vertrete Bestrebungen nach Demokratie und Meinungsfreiheit und sei bereit, die von ihrem Volk erkämpften Werte zu beschützen. *Wenn die EU als Wertegemeinschaft für solche Inhalte und Bestrebungen einzustehen bereit sei, könne es für sie keine Alternative geben.*

Klar und eindeutig bezeichnete Weber die Handlungen Russlands als eine Reihe von untolerierbaren Verletzungen des Völkerrechts, der Souveränität und der internationalen Abkommen, die im Endeffekt zum **Vertrauensverlust** führen. Russland handelt

mit veralteten Methoden der militärischen Länderübernahme; diesen sollte eine europäische Sicherheitspolitik entgegengesetzt werden, die diplomatische Verhandlungen dem direkten Eingreifen vorzieht. Selbstkritisch bemerkte der EU-Parlamentarier, dass Länder der Europäischen Union, die NATO-Anträge der Ukraine mehrfach abgelehnt hatten oder mit dem prorussischen Präsidenten **W. Janukowitsch** verhandelten, ebenfalls eine indirekte Schuld an der aktuellen Krisensituation trügen. Ferner erläuterte Weber eine politische Herausforderung, die seit dem Anfang dieses Konflikts innerhalb der EU besteht: eine bewiesene Tatsache ist, dass die russische Regierung zwecks der politischen Destabilisierung europaweit – auch in Deutschland - links- wie rechtsextreme Parteien finanziert. Abgeschlossen wurde der Vortrag mit dem Vorschlag einer besser koordinierten Handelspolitik und einer ambitionierten und wertorientierten gesamt-europäischen Außenpolitik.

Während der darauffolgenden Podiumsdiskussion stimmten der Direktor des Instituts für Europäische Politik Berlin, **Prof. Dr. Matthias Jopp**, und der Professor der Geschichte Osteuropas an der LMU München, **Prof. Dr. Martin Schulze Wessel**, für die





gegen Russland angewendete Sanktionspolitik. Beide waren der Meinung, diese würde im Endeffekt zum europäischen Frieden beitragen – allerdings nur, wenn die russische Regierung die ersten Schritte zur Konfliktlösung macht. Der ehemalige Verteidigungssekretär **Prof. Dr. Walther Stützle**, einer der Hauptinitiatoren des Appells „*Wieder Krieg in Europa? Ohne uns!*“ - einem von insgesamt 60 Persönlichkeiten der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur unterzeichneten Aufruf für eine Entspannungspolitik im Verhältnis zu Russland - vertritt den Standpunkt, politische Isolation und wirtschaftliche Zerstörung Russlands wären kein Ausweg aus der gesamt-europäischen Bedrohungssituation namens Ukraine-Konflikt. Außerdem, so Stützle, Russland „in die Knie zu sanktionieren“ wäre auch praktisch unmöglich, da China als starker wirtschaftlicher Partner an der Seite des Landes steht. Stattdessen sollen Versuche, einen wirksamen Dialog aufzubauen, nicht unterlassen werden. Darauf erwiderte M. Weber, es wäre unmöglich, einen Dialog mit dem Partner zu führen, dessen höchst unglaubliche Propaganda und ständige unwahrhaftige Äußerungen auf der internationalen Ebene jegliches Vertrauen zu ihm zerstörten. Weiterhin charakterisierte er Russland als einen „Wiederholungstäter“ mit dem Hinweis auf den Georgien-Konflikt von 2008.

Die Diskutanten haben darauf hingewiesen, dass nach dem EU-Grundlagenvertrag von Lissabon in der Europäischen Union **keine einheitliche Sicherheitspolitik** besteht, wie es auch

bei den **vereinigten Streitkräften** der Fall ist. Angesichts von aktuellen Bedrohungen aber wäre diese jetzt äußerst notwendig - oder wenigstens eine besser koordinierte gemeinsame Abstimmung des Vorgehens.

Im Anschluss an die Diskussion kamen die Gäste zu Wort. Die Generalkonsulin Griechenlands **Sophia Grammata** erstattete im Namen ihres Landes und der Griechen Münchens ihren Dank an die deutsche Regierung für ihre Bemühungen um Frieden in der Ukraine und besonders in der Region von *Donetsk*, dem Wohnort vieler ethnischer Griechen, die in der von russischer Artillerie beschossenen Stadt Mariupol angesiedelt sind und gegenwärtig den Terroranschlägen zu Opfer fallen.

Nach neueren Berichten der ukrainischen Armee sind die immer noch als „pro-russische Rebellen“ bezeichneten Truppeneinheiten kurz davor, *Mariupol* anzugreifen. Da die Stadt an der Küste des Asowschen Meeres liegt, stellt sie für Russland einen strategisch wichtigen Punkt dar, eine Verbindung zwischen den ostukrainischen Gebieten und Krim. Die Abkommen von Minsk II wurden innerhalb von 48 Stunden nach dem Inkrafttreten der vereinbarten Waffenruhe verletzt – von der russischen Seite. Deutschland und EU bestehen auf diplomatischer Regelung des Konflikts; die Möglichkeiten eines konstruktiven Dialogs ohne Druckausübung stehen aber stark in Zweifel. Wie soll man also mit einem Gegner umgehen, der offensichtlich so handelt, als hätte es die letzten 100 Jahre europäischer Geschichte nicht gegeben? Diese Frage bleibt offen.

